

Kurzprotokoll der Juni-/Julisession 2001

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Planungs- und Rechenschaftsberichte](#)
- [Eintritt](#)
- [Wahlen](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)
- [Einfache Anfragen](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 25. und dem 26. Juni und am Montag und Dienstag, dem 2. und 3. Juli 2001, fand unter dem Vorsitz von Hans Walthert, Hohenrain, eine Session des Grossen Rates statt. Der erste Sitzungstag wurde mit einer Feier im renovierten Grossratsaal eröffnet. Am Dienstagnachmittag, dem 3. Juli, fanden die Fraktionsausflüge statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Änderung der Staatsverfassung in den Gemeindebestimmungen sowie die Verabschiedung eines neuen Personalgesetzes. In 1. Beratung sprach sich der Rat für ein Gesetz über die Hochschule des Kantons Luzern in der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz und für die Vereinigung der Bürgergemeinde Altwis mit ihrer Einwohnergemeinde aus. Ferner genehmigte der Grosse Rat mit Grossratsbeschluss die Staatsrechnung 2000, die Abrechnung und einen Baubeitrag zum KKL sowie die Erhöhung der Globalkredite für Personalmassnahmen an den kantonalen Spitälern und Kliniken. Einen Planungsbericht über die Informatik an den Volksschulen wies der Rat an die Regierung zurück, vom Finanzleitbild für den Kanton Luzern nahm er in zustimmendem Sinn Kenntnis und den Staatsbeitragsbericht genehmigte er bzw. nahm er zur Kenntnis. Weiter wies der Rat drei vom Regierungsrat vorgelegte Geschäfte den zuständigen Kommissionen zur Vorberatung zu.

Der Grosse Rat vereidigte sodann ein neues Mitglied, wählte eine Spezialkommission und je ein neues Mitglied des Kriminalgerichts, der Schätzungskommission sowie einer ständigen Kommission und behandelte 61 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 3 Petitionen und von 65 parlamentarischen Vorstößen. Die für 4 Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für ein Postulat und eine Interpellation abgelehnt, in den zwei andern Fällen wurde die Dringlichkeit von den Interpellanten zurückgezogen.

Von den 82 traktandierten Geschäften konnten 7 parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

Rechtsetzung

Gemeindebestimmungen in der Staatsverfassung. Der Entwurf einer Änderung der Staatsverfassung in den Gemeindebestimmungen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 13. März 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 14 vom 7. April 2001, S. 914) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und in 2. Beratung mit 76 gegen 7 Stimmen gutgeheissen. Die Revision der Gemeindebestimmungen in der Staatsverfassung bedeutet einen ersten Schritt zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kanton und Gemeinden, welches im Rahmen der Totalrevision

der Verfassung grundsätzlich neu zu regeln sein wird. Mit der Teilrevision wird die Umsetzung des seit drei Jahren laufenden Gemeindeentwicklungsprojektes verfassungsrechtlich unterstützt. Hauptziele der Gemeindereform sind einerseits die Steigerung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems in der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden und andererseits die Stärkung der Gemeinden. Die Verfassungsänderung unterliegt der Volksabstimmung.

Aufhebung Korporationsgemeinde Adligenswil. Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Personalkorporationsgemeinde Adligenswil gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 8. Januar 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 6 vom 10. Februar 2001, S. 288) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und in 2. Beratung mit 79 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Nach der Aufhebung der Personalkorporationsgemeinde wird deren Vermögen der Einwohnergemeinde Adligenswil übergeben. Das Gesetz unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 29. August 2001.

Neues Personalgesetz. Der Entwurf eines Gesetzes über das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis (Personalgesetz) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. September 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 21. Oktober 2000, S. 2609) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und in 2. Beratung mit 80 gegen 17 Stimmen gutgeheissen. Mit der Totalrevision wird das Personalgesetz nach der Abschaffung des so genannten Beamtenstatus (im Jahr 1997) neu gefasst. Das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis in der Form des Angestelltenverhältnisses wird zur Regel, und die Vorschriften zum Dienstverhältnis der Lehrpersonen und der Fachpersonen der schulischen Dienste werden neu in das Personalgesetz integriert. Ferner wird für alle Angestellten auf das Disziplinarrecht verzichtet. Das Gesetz unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 29. August 2001.

Pädagogische Hochschule. Die Entwürfe eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zum Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz sowie eines Gesetzes über die Hochschule des Kantons Luzern in der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 6. März 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 14 vom 7. April 2001, S. 911) wurden behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und das Gesetz in 1. Beratung gutgeheissen. Im Rahmen des Konkordats über die Pädagogische Hochschule schliessen sich die sechs Kantone der Zentralschweiz zusammen, um ein Kompetenzzentrum für die Grundausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die Weiter- und Zusatzausbildungen, angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen im Bildungsbereich zu begründen. Die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit Sitz in Luzern, welche aus den Teilschulen in den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug besteht. Der Kanton Luzern als Träger der öffentlich-rechtlichen Teilschule Luzern schliesst mit dem Konkordat einen Vertrag über die Trägerschaft, das Angebot und seine Rechte und Pflichten ab. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Gemeindevereinigung Altwis. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Vereinigung der Bürgergemeinde Altwis mit ihrer Einwohnergemeinde gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 3. April 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 17 vom 28. April 2001, S. 1108) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und gutgeheissen.

Finanzvorlagen

Staatsrechnung 2000. Die Staatsrechnung 2000 des Kantons Luzern gemäss Bericht des Regierungsrates vom 10. April 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 19 vom 12. Mai 2001, S. 1271) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und genehmigt. Die Gesamtrechnung schliesst mit einem Einnahmenüberschuss von 53,2 Millionen Franken ab.

Abrechnung Staatsbeitrag an KKL. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über die Teilnahme des Kantons Luzern an der Stiftung für die Trägerschaft des Kultur- und Kongresszentrums am See, Luzern, die Widmung von 3 Millionen Franken und einen Baubetrag an das Kultur- und Kongresszentrum am See gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 10. April 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 19 vom 12. Mai 2001, S. 1272) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und gutgeheissen. Damit genehmigte der Grosse Rat

neben der Widmung von 3 Millionen Franken einen Baubeitrag von 26'786'620 Franken.

Personalmassnahmen an Spitälern und Klinken. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Anpassung der Globalkredite 2001 der kantonalen Spitäler und Klinken für Personalmassnahmen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 4. Mai 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 23 vom 9. Juni 2001, S. 1515) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und gutgeheissen. Der Globalkredit der kantonalen Spitäler und Kliniken wird damit für das Jahr 2001 um 3'138'850 Franken erhöht, um einerseits Zeitgutschriften für Nacharbeit und andererseits Zulagen für Samstagsarbeit einführen zu können. Die Vergütung für eine Stunde Samstagsarbeit beträgt wie bei der Sonntagszulage 15 Prozent der auf eine Stunde umgerechneten Besoldung, mindestens aber 5 Franken pro Stunde.

Planungs- und Rechenschaftsberichte

Informatik in der Schule. Der Planungsbericht über die zukünftige Entwicklung der Informatik an den Volksschulen und den Schulen der Sekundarstufe II gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 13. März 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 16 vom 21. April 2001, S. 1032) wurde an die Regierung zurückgewiesen (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim). Gemäss dem Bericht hätten bis zum Beginn des Schuljahres 2005/2006 alle Klassenzimmer der dritten bis sechsten Klassen der Primarschule mit Computern mit Internetanschluss ausgerüstet werden sollen, um die Schülerinnen und Schüler in die Benutzung des Computers als Arbeitsinstrument einzuführen. Weiter war vorgesehen, in den Sekundarstufen I und II die Anwendung laufend zu vertiefen. Die Lehrpersonen hätten bis zu diesem Zeitpunkt mit den nötigen Fach- und Didaktikkompetenzen vertraut gemacht werden sollen.

Finanzleitbild. Vom Planungsbericht über ein Finanzleitbild für den Kanton Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 6. Februar 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 10 vom 10. März 2001, S. 565) wurde in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens). Zu dem Planungsbericht überwies der Rat drei Bemerkungen aus der Kommission und von einzelnen Ratsmitgliedern. Die Hauptziele des Finanzleitbildes sind: dauernd ausgeglichene Staatsfinanzen, ein tragbares Schuldenmass, eine Annäherung der Steuerlast an jene der Zentralschweizer Kantone, die Stärkung der interkantonalen Zusammenarbeit in der Zentralschweiz, die Stärkung der Gemeinden und der Aufbau eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Staatsbeitragsbericht 2000. Der Staatsbeitragsbericht gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 13. März 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 16 vom 21. April 2001, S. 1031) wurde genehmigt und, soweit es sich um einen Planungsbericht handelt, zur Kenntnis genommen (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens). Der Bericht gibt Auskunft über die im Jahr 2000 durchgeführten sieben Erfolgskontrollen über die Staatsbeiträge zur Wohnbauförderung, zur Denkmalpflege, über den Alkoholzehntel, über Ausbildungsbeiträge für Gesundheitsberufe, über den Fonds für Natur- und Landschaftsschutz sowie den Gebirgshilfefonds und die Massnahmen, die getroffen wurden.

Eintritt

Grosser Rat. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Regula Schurtenberger, Hochdorf, trat Peter Lerch, Emmen, neu in den Rat ein.

Wahlen

Kriminalgericht. Für die Amtsdauer 2001–2005 wurde Brigitte Weber Peter, Horw, als fünftes Ersatzmitglied des Kriminalgerichts gewählt.

Spezialkommission Finanzausgleichsvorlage. Für die Vorberatung der Finanzausgleichsvorlage wurde eine Spezialkommission mit 17 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Peter Brunner, Rain, bestellt.

Schätzungskommission. Für die Amtsdauer 2001–2005 wurde Hubert Aregger, Wolhusen, als Ersatzmitglied der Schätzungskommission anstelle von Lukas Sigrist, Hochdorf, gewählt.

Grosser Rat. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Regula Schurtenberger, Hochdorf, wählte der Rat Peter Lerch, Emmen, als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Motionen

Erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 270 von Hans Lustenberger, Adligenswil, über das Leistungsangebot im Gesundheitswesen des Kantons Luzern,
- M 335 von Peter Brunner, Rain, über eine Standesinitiative für den Bau einer grossräumigen Umfahrung des Raumes Luzern für den Nord-Süd-Verkehr,
- M 365 von Rico De Bona, Littau, über eine Standesinitiative betreffend beschleunigte Umsetzung des "Letter of Understanding",
- M 263 von Konrad Vogel, Horw, über die "Renaissance" des Lehrerberufs,
- M 300 von Peter Brunner, Rain, über eine Änderung von § 2 Absatz 4 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation.

Abgelehnt wurde die Motion M 356 von Adrian Borgula, Luzern, über einen Planungsbericht zu Klimawandel und Klimaschutz.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 227 von Elisabeth Schubiger, Buchrain, über die Umsetzung von konkreten Massnahmen zur Entlastung des Pflegepersonals bei massiv steigender Arbeitsbelastung – im Besondern am KSL,
- P 258 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Führung einer detaillierten Kostenrechnung für die ambulante Medizin in allen kantonalen Spitälern,
- von Herbert Widmer, Luzern, über eine rasche formale und inhaltliche Verbesserung der Leistungsaufträge und der Globalbudgets der kantonalen Heilanstalten (als Motion M 272 eingereicht),
- P 254 von Rico De Bona, Littau, über die Finanzierung des Job-Markts 2001 und 2002,
- P 204 von Hansruedi Bucheli, Emmen, über die wirtschaftsfreundliche Auslegung von Gesetzen,
- von Beat Ineichen, Neudorf, über die Streichung von § 34 Waldgesetz (Forstreservefonds; als Motion M 188 eingereicht),
- P 303 von Bernadette Lichtsteiner, Wolhusen, über die Verlegung des kantonalen Forstamtes,
- von Alois Hodel, Egolzwil, über ein Dekret für einen Kredit zur Schadenminderung für Lothar-Sturmholz (als Motion M 326 eingereicht),

- von Hans Ulrich Bühler, Luzern, über die Einführung eines Integrationskurses (als Motion M 266 eingereicht),
- von Karl Ronner, Triengen, über den Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer/-innen entlang der Transitachse in unserem Kanton (Kantonsstrassen; als Motion M 284 eingereicht),
- von Josef Rüttimann, Hildisrieden, über den Bau eines Kreisels auf der Obermühlekreuzung Sempach (als Motion M 288 eingereicht),
- von Josef Schärli, Ebikon, über eine Erhöhung des Kantonsbeitrags an den Zweckverband ÖVL (als Motion M 294 eingereicht),
- P 311 von Beat Ineichen, Neudorf, über die Umnutzung des Bahntrassees Beromünster-Reinach (Beromünster bis Kantonsgrenze) als Radweg,
- P 321 von Hans Peter Pfister, Eich, über die Aufhebung des SBB-Niveauübergangs Sempach Station,
- P 340 von Guido Graf, Pfaffnau, über die Aufnahme von zwei Teilstücken der Kantonsstrasse K 46 in das Bauprogramm 2003 – 2006,
- P 310 von Margrit Hurschler, Eschenbach, über die Erweiterung der Kompetenz in deutscher Sprache an der Volksschule,
- P 253 von Albert Vitali, Oberkirch, über die Lohntransparenz beim Personal der Heilanstalten und beim übrigen Staatspersonal,
- P 287 von Bernadette Schaller, Alberswil, über die kantonale Einführung eines Sozialzeitausweises,
- P 255 von Heidi Lang, Ermensee, über ein Kapitel "Zur Lage des Kantons" im Staatsverwaltungsbericht,
- P 295 von Peter Beutler, Meggen, über den Internetzugriff auf die systematische Rechtssammlung des Kantons Luzern.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Marcel Roth, Entlebuch, über eine dringend notwendige Verbesserung der Dienstleistungserbringung durch die Kantonale Steuerverwaltung (als Motion M 239 eingereicht),
- P 338 von Adrian Borgula, Luzern, über die Entlassung von 16 Mitarbeitern des Staatsforstbetriebs,
- P 205 Hans Stettler, Buchrain, über den Einfluss des Grossen Rates bei Grossprojekten,
- P 280 von Hansruedi Kurmann, Emmen, über die Zunahme des Schwerverkehrs auf Kantons- und Gemeindestrassen,
- P 302 von Damian Meier, Wolhusen, über einen Rad- und Gehweg zwischen Werthenstein-Dorf und Langnauerbrücke,
- P 327 von Alex Bruckert, Luzern, über die Nutzung der Tunnelleindeckung Schlund im Zusammenhang mit der Sanierung der Autobahn A 2/6.

Zurückgezogen wurden die Postulate

- P 261 von Leo Müller, Ruswil, über den Standort der Universität Luzern,
- P 325 von Cornelius Müller, Hitzkirch, über den Standort der Universität Luzern an der Kantonsschule Alpenquai Luzern.

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 73 von Bernadette Schaller, Alberswil, über die Situation des Pflegepersonals an den Spitälern des Kantons Luzern,
- I 232 von Marcel Johann, Kriens, über Massnahmen zur Attraktivierung der Pflegeberufe,
- I 316 von Guido Müller, Honau, über eine eventuelle Kostenersparnis durch den Abschluss einer Versicherung für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Luzern,
- I 271 von Herbert Widmer, Luzern, über den Stand der Umsetzung der so genannten BSG-Studie und über sich in Planung und/oder Realisierung befindliche Projekte im Gesundheitswesen,
- I 370 von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über die Rationierung im Gesundheitswesen und über die Zweiklassenmedizin im Kanton Luzern,
- I 315 von Fredy Zwimpfer, Oberkirch, über die verordnete Blutentnahme bei Schweinen,
- I 334 von Brigitte Hardegger, Ebikon, über das Auswahlverfahren des Standorts der Universität Luzern,
- I 297 von Regula Schurtenberger, Hochdorf, über die Umstrukturierung der Berufsberatung und des Bildungsinformationszentrums,
- I 278 von Regula Roth, Luzern, über die Einführung von Frühenglisch auf der Primarstufe,
- I 264 von Konrad Vogel, Horw, über die Verwendung der freien Mittel durch die Verkürzung des siebenjährigen Gymnasiums,
- I 245 von Christoph Lengwiler, Kriens, über das Image des Kantons Luzern als Wirtschaftsstandort,
- I 240 von Toni Zimmermann, Weggis, über Massnahmen zum Bericht in der Wirtschaftszeitung Bilanz betreffend Steuern 2001 Kantone im Test,
- I 305 von Prisca Birrer, Rothenburg, über die Entwicklungen zu einem möglichen Regionalflugplatz in Emmen,
- I 256 von Adalbert Koch, Rothenburg, über eine praxisorientierte Handhabung und den allfälligen Änderungs- bzw. Revisionsbedarf im und um das Gesetz für die öffentlichen Beschaffungen,
- I 291 von Louis Schelbert, Luzern, über die Vergabepaxis des kantonalen Hochbauamtes,
- I 301 von Marcel Johann, Kriens, über die Wirkung der Lärmschutzmassnahmen A 2 Luzern Süd im Hinblick auf "freie Fahrt für 40-Töner-Lastwagen",
- I 347 von Herbert Widmer, Luzern, über den Entwicklungsschwerpunkt Schlund,
- I 332 von Rico De Bona, Littau, über den Stand der Planung bezüglich der Sanierung der Umfahrungsstrasse Malters (Littau-Malters-Wolhusen),
- I 262 von Konrad Vogel, Horw, über die Belastung und Entlastung der Lehrpersonen,
- I 274 von Ruth Keller, Kriens, über eine Übersicht der Schulgelder auf der Sekundarstufe II,
- I 304 von Beat Felder, Sursee, über die Auswirkungen der Umsetzung der Sonderschulkonzeption im Kanton Luzern,
- I 307 von Louis Schelbert, Luzern, über Frühpensionierungen beim Kanton,

- I 281 von Rico De Bona, Littau, über die Sozialhilfestatistik des Bundesamtes für Statistik,
- I 317 von Louis Schelbert, Luzern, über die Zukunft des Kunstmuseums Luzern,
- I 290 von Marcel Johann, Kriens, über ein koordiniertes und aufeinander abgestimmtes Erscheinungsbild der einzelnen Dienststellen und Bereiche des Kantons Luzern.

Einfache Anfragen

Schriftlich beantwortet wurde die Einfache Anfrage E 309 von Gerhard Klein, Wauwil, über das Beschwerderecht von Organisationen im Baubewilligungsverfahren (§ 207 PBG).